



## **Pressemitteilung**

Kiel, 10.6.2017

### **1.000 demonstrieren vor dem Landeshaus:**

## **Breites Bündnis fordert Afghanistan-Bleiberecht!**

### **Über 100 Organisationen hatten zur Demonstration in Kiel aufgerufen.**

Ein breites Bündnis von über hundert Unterzeichnenden, u.a. aus Flüchtlingsorganisationen, Integrationsfachdiensten, Antirassismusgruppen, Kirche, Gewerkschaft, Wohlfahrtsverbänden, Parteienvertreter\*innen, Rechtsanwält\*innen, Kultur- und Bildungsträgern, Sportvereinen, Jugend- und Migrantenselbstorganisationen, hatte am Samstag zur gemeinsamen Demonstration aufgerufen. 1.000 Teilnehmende aus ganz Schleswig-Holstein waren dem Aufruf gefolgt.

Der schleswig-holsteinische Afghanistan-Abschiebungsstopp endete am 13. Mai. Die Organisatoren forderten von der amtierenden Landesregierung, sich bei der am Montag in Dresden anstehenden Innenministerkonferenz mindestens für einen bundesweiten Afghanistan-Abschiebungsstopp, besser für eine dauerhaftes Bleiberecht einzusetzen.

Bei der Abschlusskundgebung vor dem Landeshaus hat eine Abordnung der Demonstrierenden den zeitgleich im Landeshaus verhandelnden künftigen Koalitionären eine 10.000-fach unterzeichnete Petition übergeben, die sich gegen die Abschiebung von Afghaninnen und Afghanen einsetzt.

Die Demonstrierenden richteten darüber hinaus Forderungen an die künftige Landesregierung:

- Fortgesetzt Landesinitiativen Schleswig-Holsteins u.a. bei den Innenministerkonferenzen: Keine Abschiebungen von afghanischen Geflüchteten!
- Regelmäßige Erteilung von Aufenthalten für afghanische Flüchtlinge nach den Möglichkeiten des Aufenthaltsgesetzes (insbes. § 25, Abs. 5, AufenthG)!
- Öffnung von Integrationsmaßnahmen für alle afghanischen Staatsangehörigen!

*„Abschiebungen nach Afghanistan sind angesichts der dort landesweit herrschenden mörderischen Gefahrenlagen weder humanitär zumutbar noch rechtlich geboten“,* erklärt Martin Link für den Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein.

gez. Martin Link,

**Pressekontakt:** Jasmin Azazmah, [public@frsh.de](mailto:public@frsh.de), [www.frsh.de](http://www.frsh.de), T. 0431-735 000

Folgen Sie uns auf <https://twitter.com/FRSHev>

Alle Presseerklärungen des Flüchtlingsrates auf: <https://frsh.de/aktuell/presseerklaerungen/>